



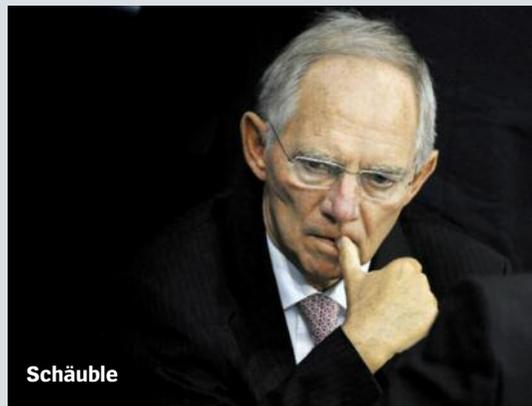
AXEL HEIMKEN/DDP IMAGES/DAPO

Elektroautos

KLIMASCHUTZ

## Schäuble muss verzichten

Die Bundesregierung will den Energie- und Klimafonds zur Förderung erneuerbarer Energien in den kommenden Jahren erheblich aufstocken. Schon vom nächsten Jahr an sollen sämtliche Einnahmen aus dem Verkauf von Kohlendioxid-Zertifikaten in das neue Sondervermögen fließen. Die Bundesregierung rechnet dabei ab 2013 im Schnitt mit einem Aufkommen von jährlich rund 3,3 Milliarden Euro. Bisher hat Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) 900 Millionen Euro aus dem Verkauf der



Schäuble

RAINER JENSEN/DPA

Verschmutzungsrechte für den Bundeshaushalt beansprucht. Auf dieses Geld muss er nun verzichten, weil die Regierung wegen des beschleunigten Ausstiegs aus der Kernenergie Maßnahmen zum Klimaschutz und Stromsparideen generell verstärkt fördern möchte, dazu gehören zum Beispiel die Entwicklung energieeffizienterer Motoren oder Hilfe zur besseren Gebäudeisolierung. Auch die Förderprogramme für die Elektromobilität sollen aus dem Energiefonds finanziert werden.

KOMMUNEN

## Textbausteine von der Bank

Offenbar wollte die WestLB verhindern, dass Städte in Nordrhein-Westfalen fragwürdige Spekulationsgeschäfte offenlegen. Der dortige Bund der Steuerzahler hatte im Oktober 2008 alle Kommunen des Landes angeschrieben. Die Organisation wollte wissen, welche Städte Zinswetten, sogenannte Swap-Geschäfte, abgeschlos-

sen und dabei Verluste gemacht haben. Die Antworten kamen zögerlich und waren oft sehr allgemein gehalten, was den Bund der Steuerzahler verwunderte. Die Interessenvertreter der nordrhein-westfälischen Steuerzahler wussten damals nicht, dass die WestLB, eine der Banken, die den Kommunen riskante Swaps verkauft hatten, die nichtssagenden Antworten vorgab. Unter dem Betreff „Brief des Bundes der Steuerzahler“ legte die WestLB, Geschäftsbereich „Sparkassen & Öffentliche Kunden“, bereits am 27. Oktober 2008 den Kommunen per

E-Mail eine Argumentation in sechs Punkten vor. Die Geschäfte „seien aktives Zinsmanagement“ und das Risiko überschaubar, heißt es darin. Die Banker empfahlen den Kommunen, auf die Nennung konkreter Zahlen zu verzichten. „Unsere Kunden haben uns um Unterstützung gebeten. Dem Anliegen sind wir nachgekommen“, sagt ein WestLB-Sprecher heute. Zinswetten hat der Bundesgerichtshof inzwischen als reines Glücksspiel gewertet. Wegen des unkalkulierbaren Risikos seien sie für Kommunen als Investment ungeeignet.